

„Der Rest verliert seine Aufgabe“

Friedensforscher Thomas Roithner im Interview zu den Aufgaben des Heeres und zur Wehrpflichtdebatte.

Das Interview führte Desirée Summerer.



FOTO: THOMAS ROITHNER

„Die Umleitung der Instrumente zum Schwerpunkt „ziviles Krisenmanagement und zivile Krisenprävention“ wäre zweifellos ein Paradigmenwechsel.“ ist Thomas Roithner überzeugt.

Kranich: Wie nimmst du die öffentliche Diskussion im Vorfeld zur Volksbefragung wahr?

Roithner: Meinungsumfragen zeigen uns, dass die sicherheitspolitischen Kenntnisse in der österreichischen Öffentlichkeit nicht besonders ausgeprägt sind. Wir sehen zwar

eine über die letzten Dekaden hohe Zustimmung zur Neutralität – je nach politischer Lage zwischen 65 und knapp über 80 % - und gleichzeitig sprechen sich Mehrheiten für eine Euroarmee aus. Klar ist: Das sind politisch und rechtlich unvereinbare Dinge. Des Pudels Kern ist dabei der Charakter der

globalen EU-Militäreinsätze. Die diesbezüglich weit verbreitete Skepsis hat sogar den EU-Rat zur Festlegung veranlasst, dass Regierungen, Parlamente und EU-Organe die Nachweispflicht haben, zu erklären, wie der Auslandseinsatz von SoldatInnen und PolizistInnen zur eigenen Sicherheit betrügt.

So diskutieren wir heute über das Wehrsystem und die eigentlich zu Grunde liegende Sicherheitsstrategie liegt zur Behandlung im Parlament. Zentral ist bei dem gesamten Themenkomplex die Frage: Was will Österreich mit seinem Heer überhaupt tun? Diese Debatte wird zu wenig geführt. Ganz abgesehen von dem inhaltlichen Schwenk, den wesentliche Teile von SPÖ und ÖVP vollzogen haben.

Kranich: Also gut. Was soll das Heer können und was nicht?

Roithner: Deutlich wird, dass das Heer mit der Sicherheitsstrategie versucht, einen umfassenden Sicherheitsbegriff zu besetzen. Die Sicherheitsstrategie listet eine Reihe von potenziell auslandseinsatzrelevanten Aspekten auf, wie u.a. Klimawandel, Umweltschäden, Piraterie und Bedrohung der Verkehrswege. Für diese Konfliktfelder hat das Militär ganz zweifellos den falschen Werkzeugkasten und keine ursachenorientierten Strategien. Das Militär trägt – allgemein betrachtet – hier zu einer Militarisierung von zivilen Herausforderungen bei.

Es macht auch eine Beteiligung an den in Teilen der EU diskutierten Einsatzszenarien im Bereich der schweren Kampfeinsätze weder aus strategischer noch aus normativer Sicht für Österreich einen Sinn: imperiale Militäreinsätze zur Sicherung von Wirtschafts- und Rohstoffinteressen oder Militäreinsätze, die lediglich neokoloniale Interessen weniger Kerneuropastaaten nützen. Und genau bei diesen Militäreinsätzen kann es auch Unvereinbarkeiten mit dem Völkerrecht geben. Die EU lässt sich die Option auf Völkerrechtswidriges bewusst und explizit offen. Holzauge, sei wachsam ...

Österreich hat mit dem Bundesheer viele Möglichkeiten, in wenig umstrittenen Bereichen Gewicht und Gesicht deutlich zu machen und Kontur zu gewinnen. Beispielsweise im Bereich Abrüstung und dass die Verbreitung von Kleinwaffen eingedämmt wird. Es gibt auch im österreichischen Bundesheer eine Reihe von Akteuren, die Ansätzen der zivilen Konfliktprävention und des zivilen Krisenmanagements durchaus offen gegenüberstehen. Ausgezeichnet, aber eines muss deutlich sein: Für zivile Aufgaben müssen zivile Institutionen zuständig sein.

Kranich: Innerhalb der Friedensbewegung gibt es unterschiedliche Positionen für den 20.1.2013. Wie schätzt du dieses Spektrum ein?

Roithner: Es gibt für die in der Friedensbewegung vorgebrachten Argumente gute Gründe. Einerseits wird dargelegt, dass sich ein Berufsheer stärker als bisher auf Auslandseinsätze orientieren kann und sich hier im oberen Spektrum der Petersberger Aufgaben – also Kampfeinsätzen – engagieren könnte. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Andererseits war es in der Vergangenheit immer ein Ziel, dass Menschen nicht wertvolle Monate beim Heer verbringen müssen. Diese zwei aus einem Bündel von weiteren Argumenten herausgegriffene Diskussionsstränge empfehlen jeweils unterschiedliche Modelle für die Volksbefragung. Ich habe die Friedensbewegung stets als pluralistisch empfunden. Einigend ist jedoch, dass es in der Sicherheitspolitik eine Prioritätenumkehr von Militärischen in Richtung ziviler Instrumente und Akteure geben muss.

Kranich: Welches Heer macht aus friedenspolitischer Sicht Sinn?

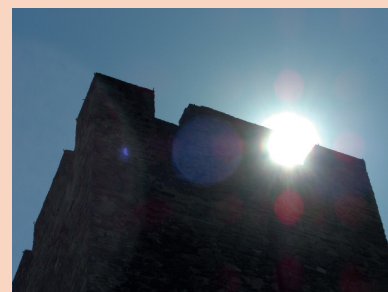
Roithner: Ich schlage vor, dass das gegenwärtige Aufgabenspektrum wie folgt geteilt wird. Es gibt erstens eine Truppe von 2000 Personen, die für klassische Peace-Keeping-Aufgaben der UNO, OSZE-Einsätze, Abrüstungsprozesse und unter zivilem Kommando stehende internationale Katastropheneinsätze zuständig ist. Ich sehe einen zukunftsfähigen Ansatz darin, dieses Kontingent der UNO zur Verfügung zu stellen. Österreich bildet aus und bezahlt, die UNO setzt die Truppe mit einem unmissverständlich humanitären und unmissverständlich defensiven Mandat ein. Gleichzeitig treibt Österreich auf politischer Ebene die Reform dieser Weltorganisation in Richtung ziviler Krisenprävention voran und engagiert sich für eine Umgestaltung des Sicherheitsrates. So ist Österreich mehr als glaubwürdig und solidarisch.

Bei Naturkatastrophen im Inland kommt die Feuerwehr zum Zug. Niemand braucht dafür eine militärische Ausbildung und Waffen. Dass HelferInnen unterschiedlichster Art an der Beseitigung der Schäden beteiligen können, wird bei einem entsprechenden politischen Willen bewerkstelligbar sein. Als dritten und mir ganz wichtigen Teil sehe ich einen Zivilen Friedensdienst, der als zentrales Instrument einer Außen- und Friedenspolitik wahrgenommen wird. Dieser einzuführende Friedensdienst agiert in engster Abstimmung mit humanitären Einrichtungen und orientiert sich u.a. an den UN-Millenniumszielen. Damit entfernen wir uns

von einem sehr staatszentrierten Sicherheitsdenken zu einem weitreichenden Politikanthonsatz des demokratischen Friedens. Der Rest des Bundesheeres verliert seine Aufgabe. Militärische Abenteuer wie die Sicherung von Wirtschafts- und Rohstoffinteressen oder die militärische Beteiligung an einem „regimechange“ sind mangels offensiver Kapazitäten garnicht denkbar. Das Heer bekommt eine Größe, wie es der Bedrohungslage entspricht. Die Umleitung der Instrumente zum Schwerpunkt „ziviles Krisenmanagement und zivile Krisenprävention“ wäre zweifellos ein Paradigmenwechsel. Der steht allerdings bei der Volksbefragung in Österreich und bei den EU-Institutionen nicht auf der Agenda. Sonst müsste man (lacht) der EU ja fast den Friedensnobelpreis verleihen ...

Mag. Dr. Thomas Roithner arbeitet als Forschungsdirektor am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung auf der Friedensburg Schläining.

BUCH- UND WEBTIPPS



Thomas Roithner, Johann Frank, Eva Huber (Hg.)

Wieviel Sicherheit braucht der Friede?

Zivile und militärische Näherungen zur österreichischen Sicherheitsstrategie



FRIEDENSBURG
SCHLÄINING



Ministerium für
Verteidigung und Sport
Bundesministerium für
Verteidigung und Sport

LIT

Thomas Roithner, Johann Frank, Eva Huber (Hrsg.): Wieviel Sicherheit braucht der Friede? Zivile und militärische Näherungen zur österreichischen Sicherheitsstrategie, Lit-Verlag, Wien – Berlin 2013, € 9,80.

WEB

www.aspr.ac.at

www.thomasroithner.at